

Für eine moderne und menschenrechtsorientierte Migrationspolitik in Deutschland und der Europäischen Union



1. Ordentlicher Länderrat 2023, 17. Juni 2023
Bad Vilbel

Antragsteller*in: BAG Migration & Flucht
Beschlussdatum: 05.06.2023

Änderungsantrag zu V-01-Neu

Von Zeile 114 bis 119:

~~Wir setzen auf eine Politik~~ Rufen nach mehr Abschottung und Abschreckung treten wir entgegen, diese haben nichts mit den tatsächlichen Herausforderungen bei der ~~Humanität~~ Aufnahme, Versorgung und ~~Ordnung~~ Integration von Schutzsuchenden zu tun. Mit tragfähigen Migrationsabkommen, die legale Wege der Zuwanderung aufzeigen, soll ~~Das gilt auch für den pauschalen Ruf nach mehr Abschiebungen. Wer glaubt, damit Kapazitäten zu schaffen, der macht Politik, ohne die Rücknahmebereitschaft~~ Fakten zu kennen oder sie bewusst auszublenden. Wer sagt, wir hätten ein „Abschiebedefizit“, verkennt, wer die Menschen sind, die in den Herkunftsländern erhöht werden unseren Kommunen unter der Ausreisepflicht leben müssen. ~~Denn nicht~~ Die Duldungsgründe sind so vielfältig wie die Lebensgeschichten dieser Menschen. Nicht jeder Mensch, der zu uns kommt, kann bleiben. Aber jeder Mensch, der bei uns Schutz sucht, hat Anrecht auf ein rechtsstaatliches Verfahren mit individueller und inhaltlicher Prüfung. Wer nach sorgfältiger Prüfung der asyl- und aufenthaltsrechtlichen

Von Zeile 122 bis 127:

Abschiebehindernisse entgegenstehen. Dabei setzen wir vorrangig auf die freiwillige Rückkehr und den fortlaufenden Diskurs mit Herkunftsländern, auch im Rahmen von Migrationsabkommen. Die Zusammenarbeit mit den Herkunftsstaaten muss partnerschaftlich und auf Augenhöhe erfolgen und darf nicht von finanzieller Unterstützung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit abhängig gemacht werden. Eine unverhältnismäßige Verschärfung von Abschiebe- und Abschiebehaftregeln lehnen wir ab. Der fortlaufenden Unsicherheit und Perspektivlosigkeit durch Kettenduldungen stellen wir uns entgegen. ~~Menschen, die bereits in der Gesellschaft verwurzelt sind, müssen~~ Menschen müssen eine Chance auf ein dauerhaftes Bleiberecht bekommen.